

# Parteien zur Wahl

„Angenommen, Sie sind nach der Bundestagswahl an der Regierung beteiligt...“ – Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die Linke, FDP und SPD beantworten elf Fragen der Nachrichten aus der Chemie und vom Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.



## Wie sollen der Bund und die Länder kooperieren, damit die Hochschulfinanzierung gesichert ist, und wie stehen Sie zu Bundesuniversitäten?

**CDU/CSU:** Wir wollen eine Grundgesetzänderung des Art. 91 b GG, die dem Bund in Abstimmung mit den Ländern die Beteiligung an institutionellen Finanzierungsaufgaben in den Hochschulen ermöglichen würde. Wir werden weiter für mehr Möglichkeiten des Bundes bei der Stärkung der Hochschulen werben, ohne andere im Moment nicht mehrheitsfähige Dinge damit automatisch auszuschließen. Im deutschen Wissenschaftssystem hat sich die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern etwa bei der außeruniversitären Forschung bewährt. Diese gemeinsame Verant-

wortung gilt es, auch bei den Hochschulen zu stärken. Reine Bundesuniversitäten lassen aus heutiger Perspektive keinen Mehrwert für dieses Ziel erkennen.

**Die Linke:** Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss aufgehoben und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung und Wissenschaft im Artikel 91b im Grundgesetz verankert werden. Darüber hinaus soll das Kooperationsverbot in Artikel 104b Grundgesetz aufgehoben werden, um so alleinige Finanzierungen des Bundes oder gemeinsame Finanzierungen des Bundes und der Länder in Bildung, Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen. Der Bund soll sich dauerhaft an der Finanzierung der Studienplätze beteiligen.

Wir schlagen vor, den Finanzierungsschlüssel der außeruniversitären Forschung zu vereinheitlichen und in der Nähe des derzeitigen Stands von 70 Prozent Bundes- und 30 Prozent Länderanteil zu fixieren.

Bundesuniversitäten lehnen wir als Fortsetzung einer falschen Politik der Zersplitterung der leistungsfähigen Wissenschaftslandschaft ab. Wir brauchen keine Leuchttürme in einer Wüste der Unterfinanzierung, sondern Leistungsfähigkeit in der Breite.

Die Linke will ein Bund-Länder-Investitionsprogramm für die Hochschulen. Wir wollen die Zah-



lungen der Entflechtungsmittel auf eine Milliarde Euro bei fortgesetzter Zweckbindung erhöhen und in den Folgejahren um drei Prozent jährlich steigern. Die Förderung von Forschungsbauten sollte in dieser Summe aufgehen. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz sollte über ein Investitionsprogramm in gleicher Höhe beraten. Dieses könnte sowohl die Förderung der hochschulischen wie auch der sozialen Infrastrukturen enthalten. Zudem ist insbesondere bei Bibliotheken und IT-Abteilungen im Zuge der Digitalisierung von Wissenschaft ein steigender Investitionsbedarf zu decken.

**SPD:** Wir wollen das Kooperationsverbot durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen, indem wir es bei der Bildung im Grundgesetz aufheben, und wir sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, in dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden. Wir werden die Grundfinanzierung der



Hochschulen stärken, um die Qualität der Lehre zu verbessern.

Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind ein Kernanliegen unserer Wissenschaftspolitik. Ein Pakt für zukunftsfähige Personalstrukturen und den wissenschaftlichen Nachwuchs soll das Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformieren, Mindeststandards für nachhaltige Be-

schäftigungsverhältnisse, neue Personalkategorien und 1000 neue Juniorprofessuren mit Tenure Track schaffen. Ein weiteres Kernanliegen ist es, die Situation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb zu verbessern.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen bedroht, was bisher eine Stärke des deutschen Wissenschaftssystems war: die hohe Qualität der Hochschullandschaft. Wir wollen einer Trennung in Forschungshochschulen und Ausbildungshochschulen entgegenwirken und die Lehrqualität verbessern. Damit die Länder ihre Hochschulen besser ausstatten können,

### Die Gewerkschaft IG-BCE zur Energiepolitik

Der Vorsitzende der Industriergewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG-BCE) Michael Vassiliadis sagt: „Wir brauchen einen neuen Strommarkt, einen Innovationspakt und eine faire Finanzierung der Energiewende.“ Er hält ein Energieministerium für notwendig, denn ohne eine koordinierende Instanz sei die Energiewende nicht zu stemmen.

<http://deliv.com/2nr38>

soll der Bund größere Verantwortung übernehmen – etwa bei der gemeinsamen Finanzierung der außeruniversitären Forschung.

**FDP:** Das Zusammenwirken von Bund und Ländern muss erleichtert werden. In diesem Sinn ist der Grundgesetzartikel 91b zu erweitern. Wir wollen die dauerhafte Beteiligung des Bundes an der institutionellen Förderung von Hochschulen und Kooperationen von Hochschulen mit Einrichtungen der außeruniversitären Forschung.

### Welche Förderprogramme planen Sie, welche stellen Sie auf den Prüfstand, und was folgt auf die Exzellenzinitiative?

**CDU/CSU:** Zentrale Förderaktivitäten wie die Hightech-Strategie, der Pakt für Forschung und Innovation, der Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative oder das Gesundheitsforschungsprogramm sind Erfolge dieser Legislaturperiode und laufen in die nächste hinein. Hier muss nicht das Rad neu erfunden werden, sondern diese Erfolge gilt es weiterzuentwickeln und auszubauen. Für das Wissenschaftssystem wird der Wissenschaftsrat im Juli seine Empfehlungen vorlegen. Konkretisierungen bietet das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU.

**Die Linke:** Auf den Prüfstand wollen wir die marktnahen Technologieförderprogramme stellen, die in der Regel die Industrie vorbereitet und entwirft.

Die Exzellenzinitiative schafft wenige akademische Leuchttürme auf Kosten der Fläche; sie führt wegen der zu kurzen Projektdauern nicht zu nachhaltiger Hochschulentwicklung; sie verbessert weder die Lehre noch das Umfeld der Studierenden; sie schließt Fachhochschulen formal und kleine Universitäten faktisch vom Wettbewerb aus. Die Erfahrungen zeigen zudem, dass die Initiative zu einer inneren Entdemokratisierung der Universitäten durch neue informelle Managementstrukturen geführt hat.

Positiv sehen wir einige Erfahrungen in den ersten beiden Förderlinien der Graduiertenschulen

sowie der Exzellenzcluster. Insbesondere scheinen die Kooperationsformen mit der außeruniversitären Forschung sowie die Interdisziplinarität erhaltenswert. Das Förderinstrument der Graduiertenschulen lässt sich mit den Kollegs der DFG verschmelzen, um eine hohe Qualität der strukturierten Promotion zu erzielen.

**SPD:** Wir wollen die Zivilgesellschaft stärker als bisher in die Festlegung und die finanzielle Ausstattung von Forschungszielen einbinden. Zu diesem Zweck wollen wir einen Wissenschaftsfonds einrichten, der partizipative und transdisziplinäre Projekte mit besonderer gesamtgesellschaftlicher Ausrichtung unterstützt. Für die Zeit nach der Exzellenzinitiative und zur Zukunft des Wissenschaftssystems erstellt der Wissenschaftsrat derzeit ein umfangreiches Gutachten.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Forschung ist von zentraler Bedeutung für die Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen. Entsprechend breit aufgestellt sind unsere Positionen zu bestehenden, zu reformierenden und neu einzurichtenden Programmen. Wir streben ein geordnetes Auslaufen der Exzellenzinitiative an, wollen jedoch die Graduiertenschulen und Exzellenzcluster, die sich bewährt haben, beibehalten und weiterentwickeln. Es besteht die Tendenz zu prüfen, wie beide ab dem Jahr 2018 in die DFG überführt werden können.

**FDP:** Die Graduiertenschulen und der Cluster-Wettbewerb geben wichtige Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten. Gleichzeitig fördert der Exzellenzwettbewerb die Steuerungsfähigkeit der Hochschulen und trägt damit zur institutionellen Weiterentwicklung der Strategie und Managementkompetenz bei. Fachhochschulen und private Hochschulen sollten ebenfalls am Wettbewerb teilnehmen. Gleichzeitig werden wir den Ausbau der Studienplatzkapazitäten per Hochschulpakt mit insgesamt mehr als 19,7 Mrd. Euro vorantreiben und den Qualitätspakt Lehre fortführen.



Für die FDP:  
Generalsekretär  
Patrick Döring.



Für Die Linke:  
Hochschulpolitische  
Sprecherin Nicole Gohlke.



Für Bündnis 90/  
Die Grünen:  
Fraktionsvorsitzende  
Renate Künast.



Für die CDU/CSU:  
Fraktionsvorsitzender  
Volker Kauder.



Für die SPD:  
Fraktionsvorsitzender  
Frank-Walter Steinmeier.

## Wie wollen Sie den Stellenbefristungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen entgegenwirken, für bessere Arbeitsbedingungen sorgen und den Mittelbau stärken?



**CDU/CSU:** Die Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen bestimmen vor allem die Hochschulen. Wissenschaftsfreiheit und Unabhängigkeit bedeuten auch Verantwortung für die Mitarbeiter und deren Perspektiven. Unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die ihm die Verfassung bietet, hat der Bund seine Mittel für die Hochschulen etwa durch den Hochschulpakt, den Qualitätspakt Lehre oder bei der Forschungsförderung in dieser und der letzten Legislaturperiode stärker ausgebaut als jemals zuvor. Diese Verlässlichkeit müssen die Länder für ihre Beiträge aufgreifen und die Hochschulen an die Mitarbeiter weitergeben.

**Die Linke:** Als vordringliches Problem sehen wir mangelnde Karriereperspektiven und fehlende wissenschaftliche Selbstständigkeit für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Neben der Professur sollte der Bund unbefristete Stellen fördern. Das Anreizprogramm dafür

soll auf insgesamt 100 000 Neueinstellungen angelegt sein, die jeweils für zwei Jahre mit 10 000 Euro jährlich bezuschusst werden. In den kommenden zehn Jahren könnte so knapp die Hälfte des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen auf Dauerstellen gelangen.

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss schnell reformiert werden. Wir brauchen als ersten Schritt gesetzliche Mindestvertragslaufzeiten von einem Jahr und die verbindliche Kopplung der Laufzeit an die Qualifikationsphase (Promotion etc.) oder Projektlaufzeit. Wir wollen zudem die einmalige Tarifsperrstreichen, damit Gewerkschaften und Arbeitgeber spezifische Regelungen verhandeln können.

**SPD:** Das Prinzip der „Guten Arbeit“ muss auch in Wissenschaft und Forschung gelten. Wir wollen für Tätigkeiten in Wissenschaft und

Forschung mehr unbefristete Beschäftigungschancen und verlässliche Berufsperspektiven schaffen, auch und gerade jenseits der Professur auf Lebenszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Klar ist aber auch, dass Befristungen und Zeitverträge bei Qualifizierungsstellen nicht zu vermeiden sind. Wir werden im Wissenschaftszeitvertragsgesetz Mindeststandards für Befristungen schaffen und für mehr Gestaltungsspielräume der Tarifparteien sorgen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind ein Kernanliegen unserer Wissenschaftspolitik. Ein Pakt für zukunftsfähige Personalstrukturen und den wissenschaftlichen Nachwuchs soll das Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformieren, Mindeststandards für nachhaltige Beschäftigungsverhält-



nisse, neue Personalkategorien und 1000 neue Juniorprofessuren mit Tenure Track schaffen. Ein weiteres Kernanliegen ist es, die Situation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb zu verbessern.

**FDP:** Die Befristungsvorschriften des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes haben sich bewährt. Die Diskussion über die Befristungsregeln muss der besonderen Situation des Wissenschaftsbetriebs Rechnung tragen. Die wissenschaftliche Tätigkeit ist nicht nur die Vorbereitung auf eine Wissenschaftskarriere an Universitäten, sondern auch auf eine Tätigkeit in der Wirtschaft, im öffentlichen Dienst oder anderen Berufsbereichen.

**Die Linke:** Wir treten für eine Reform des Bafögs ein. Die Bedarfssätze müssen – ebenso wie die Freibeträge – um zehn Prozent steigen und sollten grundsätzlich als Vollzuschuss gezahlt werden. Mittelfristig muss das Bafög eine elternunabhängige Förderung werden.

Eine Wohnungsoffensive soll dauerhaft unter anderem mindestens 25000 zusätzliche, bezahlbare Wohnheimplätze im Rahmen eines Bund-Länder-Programms schaffen.

Das Recht auf ein Studium muss auch einen Rechtsanspruch auf ein Masterstudium umfassen. Selbstverständlich muss das Studium gebührenfrei sein. Wir wollen ein selbstbestimmtes Studium mit Raum für studentische Initiativen und mit hervorragender Betreuung. Dafür sind mehr Dozenten erforderlich.

**SPD:** Das Thema gute Lehre und Initiativen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen. Für bessere Lehre an den Hochschulen werden wir den Pakt „Gute Lehre“ ausbauen.

Die gestiegenen Studierendenzahlen sind ein Erfolg. Wir wollen durch eine Ausweitung des Hochschulpakts die zunehmende Studienachfrage aufgreifen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot auszubauen. Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss ein.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir wollen ein besseres und leistungsfähigeres Bildungs- und Wissenschaftssystem. Dazu wollen wir kurzfristig den Hochschulpakt 2 um jährlich eine Milliarde Euro aufstocken. Denn noch immer brechen im Durchschnitt 25 Prozent der Studierenden ihr Studium ab, in den Mint-Fächern im Jahr 2011 sogar 35 Prozent. Nur wenn das Geld von Bund und Ländern ausreicht, gute Studienbedingungen zu schaffen, wird der Hochschulpakt erfolgreich sein. Gleichzeitig müssen verfassungsrechtliche Blockaden abgeräumt werden, damit



der Bund die Länder beim Ausbau von Studienplätzen finanziell unterstützen darf.

**FDP:** Wir wollen Anreize für eine gute Hochschullehre setzen. Dazu muss deren Grundfinanzierung länderübergreifend neu organisiert und auf das Prinzip „Geld folgt Studierenden“ umgestellt werden: Für jeden Studierenden, der sich für eine Hochschule entscheidet, erhält sie eine Zahlung aus einem Fonds, der sich aus Beiträgen aller Länder finanziert. Berechnungsgrundlage für die Zahlungen an die Hochschulen sind Sätze, welche die jeweiligen Kosten für die verschiedenen Studienrichtungen berücksichtigen.

#### GDCh et al. zu Forschung, Bildung und Innovation

Deutschland braucht mehr Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung, weniger Innovationshemmnisse sowie eine Infrastruktur, die neue Produkte und Verfahren unterstützt. Die Forschung an Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen muss weiterhin qualitäts- und leistungsorientiert gefördert werden. Zusätzlich ist eine steuerlichen Forschungsförderung für Unternehmen einzuführen. Der Staat soll mehr in die Schul- und Hochschulbildung investieren und den naturwissenschaftlich-technischen Unterricht ausbauen. Die gleichen Bildungsstandards sollen in allen Schulfächern bundesweit gelten. Bachelor- und Masterstudiengänge müssen weiterentwickelt werden.

<http://delivr.com/2vh3m>

#### Welche Voraussetzungen für bessere Studienbedingungen, geringere Abbruchquoten und bessere Lehre werden Sie schaffen?

**CDU/CSU:** Für den „Qualitätspakt Lehre“ stellt der Bund zwischen den Jahren 2011 und 2020 etwa zwei Milliarden Euro Verfügung. Die 78 Universitäten, 78 Fachhochschulen sowie 30 Kunst- und Musikhochschulen haben zunächst bis zum Jahr 2016 Zeit, ihre Konzepte von guter Lehre und verbesserten Studienbedingungen in die Praxis umzusetzen. Nach einer positiven Zwischenbegutachtung der geförderten Projekte kann eine weitere Förderung – längstens bis Ende 2020 – erfolgen.

## In welchem Rahmen wollen Sie außerschulische Lernorte und Schülerlabore fördern und finanzieren?

CDU/CSU: Das Programm zur „Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ soll ausgebaut werden. Ein wichtiges Instrument, um das Interesse der Kinder an den Naturwissenschaften zu wecken, ist für uns die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“. Schon mehr als 25 000 Krippen, Kitas, Hort- und Grundschulen haben sich in über 230 regionalen Netzwerken auf den Weg gemacht. Mehr als 3 000 Einrichtungen sind als „Haus der kleinen Forscher“ zertifiziert. Darüber hinaus unterstützen wir private Initiativen zur Errichtung von Schülerlabors in Schulen.

**Die Linke:** Außerunterrichtliche und außerschulische Bildungsangebote müssen für alle zugänglich sein. Um durch den Bund finanzielle Mittel dafür bereitzustellen, muss das Kooperationsverbot aufgehoben werden (siehe Frage 1).

SPD: Wir setzen uns ein für eine Stärkung regionaler Bildungslandschaften in der Breite. Diese Kooperationen müssen offen sein für alle Akteure. Für die Ausgestaltung der Schulpolitik sind nach dem Grundgesetz die Bundesländer verantwortlich.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir setzen uns für bessere Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder ein. Ganztagschulen sind der Kern eines chancengerechten und inklusiven Bildungssystems, denn sie bieten den Rahmen, in dem individualisiertes und kreatives Lernen stattfindet. Nach Aufhebung des Kooperationsverbots wollen wir ein neues Ganztagschulprogramm. Der Schulträger vor Ort entscheidet, ob Schülerlabore eingerichtet oder Kooperationen mit naturwissenschaftlich ausgerichteten Einrichtungen vor Ort genutzt werden.

FDP: Verfassungsrechtlich ist es dem Bund nicht möglich, solche Einrichtungen unmittelbar zu fördern oder zu finanzieren. Gleichwohl setzen wir uns dafür ein, dass

Bildungseinrichtungen sich der Vermittlung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse annehmen und kommende Generationen eine rational fundierte Basis für das weitere Leben erhalten.

## Welchen Stellenwert messen Sie der Grundlagenforschung bei, und welche Rolle spielen hierbei außeruniversitäre Forschungseinrichtungen?

CDU/CSU: Die Kette von der Grundlagenforschung bis zum Transfer von Erkenntnissen in Wirtschaft und Gesellschaft hat eine nicht zu überschätzende Bedeutung für die Prosperität einer Gesellschaft. Exzellente Grundlagenforschung wird gleichermaßen an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft betrieben und dort auch vom Bund gefördert. Beides hat sich bewährt.

**Die Linke:** Wir sehen die intrinsisch motivierte Grundlagenforschung als essenzielle Funktion von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Forschung aus Drittmitteln oder gar im Auftrag kann diese Funktion nicht ersetzen. Radikale Innovationen und bahnbrechende Forschungen gedeihen am besten in einem Klima der eigenmotivierten Kreativität. Nicht zuletzt haben Wissenschaftler eine kritische Funktion in einer demokratischen Gesellschaft, die der Wettbewerb um Mittel nicht behindern sollte.

Die Vorschläge der Linksfraktion zur Finanzierung der Wissenschaftslandschaft (Langversion unter <http://delivr.com/2m6rx>) stellen daher die Stärkung einer unabhängigen Forschung in den Mittelpunkt.

SPD: Wir bekennen uns unmissverständlich zur Freiheit der Forschung. Grundlagenforschung ist für uns ein Wert an sich und bedarf keiner ökonomischen Rechtfertigung. Sie ist Basis aller weiteren Arbeiten insbesondere in Bezug auf stärker anwendungsorientierte Fragen. Die außeruniversitären For-

schungsorganisationen sind wesentliche Impulsgeber und Förderer der Grundlagenforschung.



Wir wollen über die Förderung der außeruniversitären Forschung hinaus die Hochschulen wieder stärker in die Lage versetzen, eigene Grundlagenforschung zu betreiben und zu fördern.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir messen der Grundlagenforschung eine bedeutende Rolle im Wissenschaftssystem und für wirtschaftliche Sprunginnovationen bei. Deshalb sehen wir mit Sorge u. a. die Folgen der sinkenden Grundfinanzierung der Hochschulen. Dadurch werden die nicht programmgebundene Forschung und der F+E-relevante Nachwuchs gefährdet. Auch die außeruniversitäre Grundlagenforschung (z. B. durch die Max-Planck-Gesellschaft) leistet wichtige Beiträge zu neuen gesellschaftlich wie wirtschaftlich wichtigen Erkenntnisprüngen.

FDP: Wir wollen die Hochschulen als Träger der Grundlagenforschung im Forschungs- und Innovationssystem stärken. Zur Ausfinanzierung

### Die Leibniz-Gemeinschaft zur deutschen Wissenschaftslandschaft

Die Leibniz-Gemeinschaft will den Pakt für Forschung und Innovation von Bund, Ländern und Wissenschaftsorganisationen fortsetzen. Das Kooperationsverbot nach Artikel 91b Grundgesetz soll aufgehoben werden. Denn bisher dürfen Bund und Länder an Hochschulen nur thematisch und zeitlich begrenzt in Fällen überregionaler Bedeutung gemeinsam fördern. Zudem soll eine einheitliche 70:30-Bund-Länder-Finanzierung aller außeruniversitären Forschungseinrichtungen eingeführt werden. <http://delivr.com/2znuc>



der zweiten Förderphase des Hochschulpakts bis zum Jahr 2018 werden wir Bundesmittel in Höhe von 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Jedoch muss es künftig wieder möglich sein, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen besser zu nutzen, um das gesamte Wissenschafts-

öffnung neuer Kooperationsmöglichkeiten zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und forschenden Unternehmen wollen wir ein tragfähiges Fundament für einen fairen Wettbewerb im Wissenschaftssystem nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative und überregionale exzellente Standorte für die Forschung schaffen.

### Was planen Sie zu den Overheadkosten, die anfallen, wenn Hochschulen und Industrie zusammen forschen?

CDU/CSU: Zu Finanzierung des Overheads der Hochschulen im Rahmen der Projektförderung haben wir Programmpauschalen bei der DFG und den Programmen des BMBF eingeführt. Diese haben sich bewährt. Im Rahmen verfügbarer Mittel ist eine Anpassung an die tatsächlichen Kosten wünschenswert und sinnvoll.

Die Linke: Overheadkosten fallen immer an, wenn Drittmittel in Hochschulen fließen, da diese in der Regel nur die direkten Kosten abdecken. Wir schlagen seit langem vor, statt immer neuer Projektförderinitiativen die Höhe der Gemeinkostenpauschalen den tatsächlichen Kosten anzunähern. Konkret sollen die Pauschalen in einem ersten Schritt auf 40 Prozent und danach in weiteren jährlichen Schritten um 5 Prozent auf 60 Prozent steigen.

Kooperationen mit der Industrie sollten langfristig gleichgestellt und in Richtung Vollkostenfinanzierung gesteuert werden.

SPD: Wir wollen verhindern, dass Erfolge der Hochschulen im Wettbewerb um Forschungsmittel zulasten der Aufgabenerfüllung der Hochschulen in anderen Tätigkeitsfeldern wie etwa der Lehre gehen. Der aktuelle Stand der Overhead-Finanzierung bildet noch nicht das wahre Kostengeschehen auf Seiten der Hochschulen ab. Unser Ziel ist es, dass zu allen öffentlichen Mitteln der Projektförderung auch eine Overhead-Finanzierung erfolgt, welche die faktischen – administrativen – Kosten für Forschungsprojekte umfassend abdeckt.

Bündnis 90/Die Grünen: Vereinbarungen bezüglich der Overheadkosten müssen die beteiligten Akteure treffen. Wir wollen die Hochschulen als Kooperationspartner finanziell stärken und sehen in der programmorientierten Forschungsförderung sowie in der einzuführenden steuerlichen Forschungsförderung für KMU geeignete Förderinstrumente von Kooperationen.

FDP: Seit Beginn der christlich-liberalen Koalition setzt sich die FDP für eine angemessene Beteiligung an den Overheadkosten der Hochschulen ein. So gibt es im Rahmen der direkten Projektförderung eine Projektpauschale.

und Forschungssystem zu stärken. Hierzu muss der Artikel 91b Abs. 1 Nr. 2. des Grundgesetzes so geändert werden, dass der Bund in die Lage versetzt wird, in Fällen von überregionaler Bedeutung nicht nur besondere Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen zu fördern, sondern auch Einrichtungen in Hochschulen. Eine Änderung des Artikels würde zugleich eine wissenschafts- und forschungsorientierte Kooperation der Hochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen ermöglichen. Mit der Er-

### Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen mit einem Paket der Pakte

Das Bundestagswahl-Eckpunktepapier der Allianz der Wissenschaftsorganisationen heißt „Paket der Pakte – Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems“ und enthält Vorschläge für die Politik. Sie soll die finanziellen Rahmenbedingungen für die Wissenschaft und die Karriereperspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses verbessern. Kooperationen innerhalb des deutschen Wissenschaftssystems wie auch international sind auszubauen.

Forschungs- und Informationsinfrastrukturen müssen gefördert und Urheberrecht sowie Open Access weiterentwickelt werden. Zu den zehn Institutionen der Allianz gehören die Max-Planck-Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Hochschulrektorenkonferenz und die Helmholtz-Gemeinschaft.

<http://delivr.com/2qqef>

### Wie wird Ihre Förderung der Forschung und Entwicklung in der Industrie aussehen, und welche Rolle spielen dabei die kleinen und mittleren Unternehmen?

CDU/CSU: Im Bereich des Bundesforschungsministeriums haben wir mit KMU-Innovativ ein Instrument geschaffen, das den Zugang zu den großen Programmen für KMU erleichtert und gute Früchte trägt. Hier ist ein weiterer Ausbau möglich und geboten.

Die Linke: Nur eine unabhängige Forschung kann zukunftsweisende Analysen in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung liefern

und sich auch Fragen jenseits ihrer finanziellen Rentabilität annehmen. Wir setzen uns deshalb für einen hohen Anteil grundfinanzierter Forschung ein.

Für die themengebundene Förderung wiederum halten wir die Schaffung von qualitativen Leitbildern für notwendig, welche die Bewältigung von sozialen und ökologischen Problemen ins Zentrum der Forschung rücken.

Bei der Vergabe von Fördergeldern sind KMU angemessen zu beteiligen.

**SPD:** Wir werden neben der Projektförderung eine neue Form der steuerlichen Forschungsförderung etablieren, die kleinen und mittleren Unternehmen zu Gute kommt.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Zur Erschließung von Innovationspotenzialen setzen wir auf diverse Kooperationsarten zwischen Forschung, Wissenschaft und Gesellschaft und einen vielseitigen Wissens- und Technologietransfer. Wir wollen die Wissenschaft, insbesondere die akademische Ausbildung, stärken, was der Industrie zugutekommt. Die programmorientierte Forschungsförderung wollen wir durch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen ergänzen. Sie sollen eine 15-prozentige Steuergutschrift für ihre F+E-Ausgaben erhalten, die Sachkosten – und somit die Aufwendungen für Auftragsforschung – einschließt.

**FDP:** Mit 567 100 in F+E Beschäftigten, davon 349 546 in der Wirtschaft, nimmt Deutschland in Europa eine Spitzenstellung ein. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass der Anteil der F+E-Ausgaben am BIP, der mit 2,9 Prozent über dem EU-Durchschnitt liegt, weiter steigt. Wir werden eine steuerliche Forschungsförderung in Ergänzung des bestehenden Systems aus institutioneller und projektbezogener Förderung einführen. Wir ermöglichen klein- und mittelständischen Unternehmen mit eigener Spitzenforschung einen unbürokratischen und beschleunigten Einstieg in die technologiespezifische

F+E-Förderung. Wir wollen die Rahmenbedingungen für privates Wagniskapital verbessern und den informellen Kapitalteilungs- markt der Business Angels verbessern, um so die Finanzierungslücken in der Frühphase von innovativen Unternehmen zu schließen. Wir werden das Programm Exist fortführen und weiterentwickeln.

### Wie werden Sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz der Industrie anpassen?

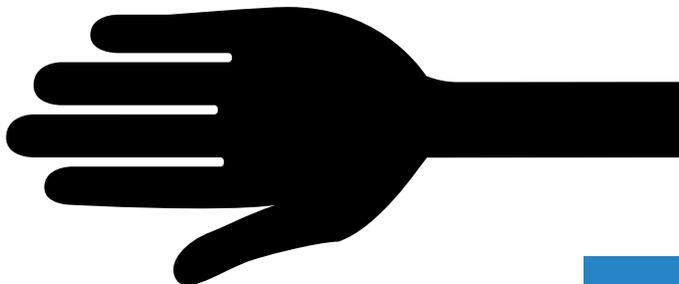
**CDU/CSU:** Ziel ist es, das EEG in der nächsten Legislaturperiode so auszugestalten, dass es den aktuellen Anforderungen der Energiewende gerecht wird. Eckpunkte einer Reform sind zuerst die Sicherung des Erreichens unserer anspruchsvollen Ausbauziele. Daneben geht es um die Verbesserung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, eine stärkere Marktorientierung, die Verknüpfung des Ausbaus der erneuerbaren Energien mit den erforderlichen konventionellen Back-up-Kapazitäten, eine Synchronisierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau, die Schaffung von permanenten Innovationsanreizen, Überprüfung der Ausnahmetatbestände für die Unternehmen und die bessere Einbindung in den europäischen Strombinnenmarkt. Die Diskussion um die Neuausrichtung der Förderung soll in einem gesamtgesellschaftlichen Rahmen erfolgen.

**Die Linke:** Eine Preisaufsicht muss dafür sorgen, dass die niedrigen Börsenstrompreise weiter gegeben werden. Die Privilegien für stromintensive Unternehmen sind zu reduzieren.

**SPD:** Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien sozial- und naturverträglich fördern und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren und aufeinander abstimmen. Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende. Wir wollen eine grundlegende Reform des

EEG. Mit ihrem stetig wachsenden Anteil an der Stromerzeugung müssen die erneuerbaren Energien mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung übernehmen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Die Industrie profitiert zurzeit von sin-



kenden Börsenstrompreisen, die auch auf den Ökostrom-Ausbau durch das EEG zurückgehen. Dies wollen wir fortführen, zudem das EEG von unnötigen Kosten befreien und so den Mittelstand entlasten: Die Industrieprivilegien sollen wieder auf Härtefälle beschränkt werden, die im internationalen Wettbewerb stehen, und der Mindestbeitrag soll angehoben werden.

**FDP:** Im Vordergrund stehen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie. Mit einem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien am Strommix müssen wir

### Bundestagswahl im Internet

**www.bundestag.de** stellt die Funktion und Organisation des Parlaments vor, mit Portal zur Bundestagswahl 2013. Verantwortlich ist der Deutsche Bundestag.

**http://wahl.de** misst und bewertet die Online-Aktivität von Parteien und Politikern. Verantwortlich ist die Medienagentur Compuccino.

**www.election.de** liefert Meldungen, Meinungsumfragen und ein Archiv. Verantwortlich ist der Informatiker Matthias Moehl.

**www.wahl-o-mat.de** enthält ein Frage-und-Antwort-Tool, das zeigt, welche zu einer Wahl zugelassene Partei der eigenen politischen Position am nächsten steht. Verantwortlich ist die Bundeszentrale für politische Bildung.

**www.lpb-bw.de** bietet u. a. ein Skatenspiel mit Politikerkarikaturen von Brüderle über Merkel bis Wagenknecht. Verantwortlich ist die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung.



sicherstellen, dass der Ausbau der Erneuerbaren stärker marktwirtschaftlichen Mechanismen folgt. Produzenten müssen mehr Verantwortung für ihr Produkt übernehmen und dazu veranlasst werden, ihren Strom bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Dies geht nur, indem die erneuerbaren Energien an den Markt herangeführt werden und sich nach Angebot und Nachfrage richten. Wir schlagen vor, die Förderung weg von der festen Einspeisevergütung und hin zur Direktvermarktung umzustellen. Dabei soll Strom aus erneuerbaren Energien mit einem Preiszuschlag unterstützt werden, aber generell sollen die Erlöse am Markt erzielt werden. Außerdem befürworten wir automatische Förderkürzungen bei Überschreiten vorgegebener Ausbauziele. Langfristig ist ein europäisches Mengenmodell ein Ziel, um einen Mindestanteil erneuerbarer Energien an den kostengünstigsten Standorten Europas zu produzieren. Wir wollen mehr Markt und raus aus der Planwirtschaft. Die Festlegung von Strompreisen durch die Politik darf kein Dauerzustand sein. Wir unterstützen die Einführung einer Strompreisbremse, damit zu Beginn des Jahres 2014 die Strompreise nicht

### Der VCI zur Industriepolitik

Die Programme der großen Parteien zur Bundestagswahl geben nach Ansicht des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) keine ausreichenden Antworten, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes voranzubringen. VCI-Präsident Karl-Ludwig Kley warnt vor einem industriepolitischen Stillstand in der nächsten Legislaturperiode. Sorgen bereiten ihm vor allem die Planlosigkeit in der Energiepolitik, Maßlosigkeit in der Steuerpolitik, Ratlosigkeit in der Gesundheitspolitik und Mutlosigkeit in der Forschungspolitik.

<http://delivr.com/2yn8r>

steigen. Neue Anlagen erneuerbarer Energien und begünstigte Unternehmen müssen einen angemessenen und kurzfristig realisierbaren Beitrag zur Stabilisierung der EEG-Umlage leisten.

### Welche Strategie verfolgen Sie beim Atommüll und welche beim Fracking?

**CDU/CSU:** Wir erarbeiten derzeit ein Gesetz zur Suche eines Standorts für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz). Damit gehen wir die generationsübergreifende Aufgabe der sicheren und dauerhaften Lagerung der Abfälle an. Wichtige Entscheidungen innerhalb des Auswahlverfahrens werden als Gesetz beschlossen. Das betrifft besonders die Frage der Erkundung einzelner Standorte. Auch die Entscheidung über den endgültigen Standort wird per Gesetz getroffen. Nach dem Auswahlverfahren bis spätestens 2031 kann der Bau des Endlagers starten.

Die Unionsfraktion wird sicherstellen, dass beim Fracking keine gefährlichen Stoffe in das Erdreich oder das Grundwasser gelangen.

**Die Linke:** Grundvoraussetzungen für eine neue Endlagersuche sind die Gewährleistung wissenschaftlicher Unabhängigkeit, transparenter Entscheidungswege und demokratischer Legitimation. Diesen Kriterien wird der zwischen Regierung, SPD und Grünen ausgeklingelte Konsens nicht gerecht.

Die Linke will Fracking in Deutschland verbieten. Nur Fracking mit giftigen Chemikalien zu verbieten, ignoriert die verbleibenden Risiken.

**SPD:** Wir gestalten die Suche nach einem nationalen Atommülllager mit gesellschaftlicher Beteiligung auf der Grundlage transparenter wissenschaftlicher Kriterien neu, um einen gesellschaftlichen und politischen Konsens zu erreichen.

Es fehlen noch viele und grundlegende Informationen, um die Auswirkungen und Risiken der Fracking-Technik zu beurteilen. Wir setzen uns für einen Verzicht

auf Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden.



**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir wollen, dass mit Bürgerbeteiligung bundesweit, ergebnisoffen, nach wissenschaftlichen Kriterien und transparent der bestgeeignete Atommüll-Endlagerstandort gesucht wird. Die Suche muss von den Verursachern finanziert werden. Atommüllexport wollen wir verbieten.

Das Fracking, also die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mit giftigen Chemikalien, lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Es behindert darüber hinaus Klimaschutz und Energiewende. Zudem dürfen giftige Lagerstättenwasser nicht wieder verpresst werden.

**FDP:** Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie verlangt die sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle. Wir stehen deshalb für die ergebnisoffene Suche eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle. In einem stufenweisen Verfahren sollen geeignete Standorte geprüft werden. Dabei darf kein Standort von vornherein ausgeschlossen werden. Bürgerbeteiligung und eine abschließende Standortentscheidung durch ein Bundesgesetz sollen die gesellschaftliche Akzeptanz sichern.

Es ist Ziel der FDP, die Möglichkeit zum Einsatz der Fracking-Methode in Deutschland aufrecht zu erhalten, aber gleichzeitig den Schutz der Umwelt drastisch zu verbessern. Dabei hat der Schutz des Grund- und Trinkwassers höchste Priorität.



**Welche Biotechniken werden Sie stoppen, dulden, fördern, und wo liegen Ihre Prioritäten bei der Forschung zur synthetischen Biologie?**

**CDU/CSU:** Alle Bereiche (rot, grün, weiß) sind wichtige Forschungsfelder für einen exportorientierten Hochtechnologiestandort wie Deutschland. Dies gilt auch für die synthetische Biologie. Sicherlich wird man mit fortschreitenden Erkenntnissen sowohl den rechtlichen Rahmen als auch die ethischen Leitplanken immer wieder reflektieren und die Forschungsperspektiven daran spiegeln müssen. Prioritäten liegen für uns dort, wo neue Erkenntnisse die Lebenssituation von Menschen – etwa in der Gesundheitsforschung – verbessern.

**Die Linke:** Wir setzen uns für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei ein. Dazu müsste der Anbau von Gentech-Pflanzen in der EU verboten werden. So lange dafür keine Mehrheit zustande kommt, vertritt die Linke folgende Positionen: Gentechnikfreie Regionen und Initiativen sind zu stärken. Das EU-Zulas-

sungsverfahren muss transparent sein. Ökologische und sozio-ökonomische Kriterien sind einzubeziehen. Das MON-810-Verbot muss Bestand haben und der Anbau der Amflora-Kartoffel untersagt werden. Freisetzungsanträge zu Forschungszwecken sind zu versagen. Die Nulltoleranz darf nicht aufgeweicht werden. Für Schäden durch die Agro-Gentechnik sollen nicht nur die Landwirte, sondern auch die Gentechunternehmen haften. Es gilt das Verursacherprinzip. Die Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung muss gestärkt und weiterentwickelt werden.

Bei der Gendiagnostik, der Stammzellforschung und weiteren bioethischen Fragen hat die Linke naturgemäß wegen der ethischen Dimension keine einheitliche Position. Dies gilt auch für viele Techniken der synthetischen Biologie.

Die Linke stellt sich gegen die Kommerzialisierung genetischer und allgemein biologischer Ressourcen – etwa durch Patentierung.

**SPD:** Wir setzen auf eine umfassende Förderung von Wissenschaft und Forschung. Grenzen finden Wissenschaft und Forschung vor allem dort, wo Risiken für Umwelt und Mensch bestehen. Exzellenz muss das zentrale Kriterium bei der Vergabe von Mitteln der Forschungsförderung sein. In der synthetischen Biologie bieten sich interessante Forschungsfragen, deren Bearbeitung wir fördern wollen.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Wir planen nicht, die Erforschung einzelner biotechnologischer Methoden zu stoppen. Bei der Agro-Gentechnik und der Forschung mit embryonalen Stammzellen beurteilen wir allerdings eine Förderung mit öffentlichen Mitteln kritisch.

Die synthetische Biologie werden wir nach ähnlichen Kriterien beurteilen wie die Gentechnik: Solange eine Freisetzung nicht vorgesehen ist und ein unbeabsichtigtes Entweichen zuverlässig vermieden werden kann, stehen wir dieser neuen Technologie nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Bezüglich des Missbrauchspotenzials von beispielsweise künstlich herge-

stellten Pathogenen werden wir uns für eine strikte Überwachung und gegebenenfalls Beschränkung der Forschung einsetzen.

**FDP:** Wir arbeiten an einer geschlossenen Strategie für die rote, grüne, weiße und zunehmend auch blaue Biotechnologie für eine bessere medizinische Versorgung, gesunde landwirtschaftliche Produkte, ressourcenschonende und umweltverträgliche Produktionsprozesse sowie Medikamente und Wirkstoffe. Das Potenzial der Biotechnologie wurde noch nicht ausgeschöpft. Dies kann sich aber durch eine engere Verzahnung von Bio- und Ingenieurwissenschaften ändern. Der Strategieprozess „Nächste Generation biotechnologischer Verfahren“ lässt Visionen entstehen und bringt Forscher aus den Bio- und Ingenieurwissenschaften zusammen.

Die FDP sieht in der synthetischen Biologie ein viel versprechendes Forschungsgebiet mit dem Potenzial, Innovation und technologischen Fortschritt zum Wohl der Gesellschaft und insbesondere zur Entwicklung der wissensbasierten Bioökonomie zu prägen.

Wir werden als eines der ersten Länder weltweit einen ganzheitlichen Forschungsansatz für die nachhaltige Nutzung biologischer Ressourcen in vielfältigen Branchen finden. Den Grundstein haben wir mit der Forschungsstrategie Bioökonomie 2030 gelegt. <<

**Mehr Antworten**

Den hier gedruckten Text haben die *Nachrichten aus der Chemie* gekürzt. Alle von den *Nachrichten aus der Chemie* und dem Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland an die Parteien gestellten Fragen und deren ausführliche Antworten stehen auf der GDCh-Webseite: <http://delivr.com/2ejww>

